

# Wöchentliches Anzeiger und Umgegend.

für Teuchern

Anzeigenpreis: Die fünfgehaltene Korpuszeile 15 Pf.  
Anzeigennahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitperiode 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.  
Erscheint wöchentlich einmal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Stierkäsefährlicher Bezugsdirekt durch unsere Geschäftsstelle 145 Pf.  
Von unteren um 100 Pf. und durch den  
Stierkäse 1,50 Pf.

Stierkäsefährlich: und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitperiode 10, auch von unteren Bogen und allen  
Ratzeil, Kolonialwaren angenommen.

Ankündiges Verbandsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 32.

Donnerstag, den 14 März 1918

57. Jahrgang

## Kurland wünscht Vereinigung mit Deutschland.

Der in Mailau verweilende Landesrat beschloß einstimmig dem deutschen Kaiser zu bitten, die Herzogtümmer Kurland anzunehmen. Dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, den Abschluß von Konventionen, betreffend das Militär, Zoll, Verkehrs, Bahn-, Münz- und Gewichtswesen und anderer Verträge Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen. Die Forderung auszusprechen, daß das ganze Baltikum zu einer staatlichen Einheit in Anbetracht an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde. Der Antrag um Abendung eines Subsidiumstelegramms an den Kaiser fand ebenso einstimmige Annahme; desgleichen der Antrag, eine viergliedrige Abordnung nach Berlin zu senden, um dem Herrn Reichskanzler den Beschluß persönlich zu überreichen.

Neben der Erklärung des Landesrats liegt jetzt auch diejenige des Landesrats für eine Vereinigung mit Preußen vor, es ist also keineswegs zweifel mehr, was Kurland selbst wünscht. Da diese Wünsche den deutschen Interessen nicht zuwiderlaufen, so kann auch, wie der Tag meint, für uns keine Unklarheit darüber bestehen, was geschehen sollte. Die Lösung hängt von dem Willen, das man im Baltikum zur Macht des deutschen Volkes und zur Erneuerung Preußens hat. Der Antrag für die Vereinigung mit dem Deutschen Reich ist ein sehr wichtiger Schritt für die anderweitigen Agitationen. Auch bei den Bundesstaaten wird diese einheitliche Kurland-Runde Wirkung und Zustimmung finden. Es ist zu wünschen, daß nun so rasch wie möglich das Interregnum beilegt und die den baltischen Ländern entsprechende endgültige Regelung der kurländischen Staatsgrundlagen erfolgen möge.

Der Landesrat hat seiner gesellschaftlichen Überlieferung nach immer für die demokratische Neuordnung zweifellos das Recht, im Namen von ganz Kurland zu sprechen. Schon wiederholt hat er seinen Willen zu Deutschland bekundet und dieser Wille wird auch von der gesamten kurländischen und lettischen Bevölkerung geteilt. Gleichwohl hält es z. B. die Berliner Zeitung für durchaus richtig, daß die Abordnung des Landesrats dem Reichstag den Wunsch ist eine bestimmte Antwort erhalten wird, und es sich nicht vielmehr deutscherseits empfehlen wird, bezogt noch von einer Festlegung oder Regelung der ganzen Angelegenheit abzugehen. Der Beschluß des Landesrats wünscht ja nicht nur die Regelung der Staatsform und der dynastischen Frage, sondern auch des politischen und wirtschaftlichen Anschlusses, und dies alles sicher in einem. Die weniger schwergeklärten Elemente des Reichstages und die weniger weise weniger wichtige und dringende, und braucht deshalb nicht in den Vordergrund gedrückt zu werden. Die politische und wirtschaftliche Ausgestaltung Kurlands aber wiederum kann nicht gut ganz außer Zusammenhang mit dem Wunsche der übrigen baltischen Völker zusammengefaßt werden. Fragen der Abgrenzung gegen Litauen und Lettland und der gegenseitigen Beziehungen dieser Länder untereinander machen eine gleichzeitige Neuorganisation empfehlenswert.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Wünsche des kurländischen Landesrats nicht sofort und ohne weiteres in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten, sondern daß es dazu auch der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages bedürfte. Dem Reichstag müsse Zeit und Gelegenheit zum Studium des ganzen Problems gegeben werden. Auch die dynastische Frage werde man nur im Einvernehmen mit allen deutschen Bundesstaaten erledigen wollen. Von verschiedenen Seiten wird es auch als erwünscht bezeichnet, daß diese große Staats- und Zukunftfrage dem kurländischen Volk auf breiterer Grundlage zur Abstimmung überreicht werde. Das kurländische Volk würde die Tatsache, daß Deutschland Gewicht auf seine Meinung und deren Befolgung in einer Volksabstimmung legt, zu schätzen wissen. Abgrenzung ist in keiner Weise erforderlich. Bei der Geltung des kurländischen Volkes unterliegt es keinem Zweifel, daß eine allgemeine Abstimmung mit erdrückender Mehrheit zu Gunsten des Anschlusses an Deutschland ausfallen würde.

## Der Weltkrieg

### Weniger Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der Ais und Somme, rege Tätigkeit. Auch in den Abendstunden lebte der Feuerkampf vielfach auf. Im Vorfeld der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanteriegefechten. Das Feuer einzeliger Artillerie auf rückwärtige Detachments forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Besatzung. Auch Gumbert erlitt mehrere Schußwunden im Rücken.

Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 3. und 10. März auf Stuttgart, Göttingen, Hildesheim und Walsburg haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig und erfolgreich mit Bomben bedacht.  
Reutnant Greifer v. Nitzschow erlangt seinen 27. Aufstieg. Von den anderen Kriesschauplatzen n. d. S. keine Meldungen.

Lufteingriff auf Neapel. In der letzten Nacht haben feindliche Flugzeuge gegen 1 Uhr die Stadt Neapel angegriffen und im ganzen etwa 20 Bomben geworfen. Die fast alle das Innere der Stadt trafen, ohne daß militärischer Schaden angerichtet worden wäre. Unter der Bevölkerung sind einige Opfer zu beklagen, darunter 2 Frauen des Schwefelbrennwerkes Arco Metall. Die Bevölkerung war nicht sehr überfallen. Der Luftdienst beobachtet ist.

## Deutscher Reichstag.

138. Sitzung vom 12. März, 2 Uhr 15 Min.  
Am Tische des Bundesrats: Wallraf.  
Vizepräsident Baaske gelebt des verstorbenen Abg. Stolle (l. Soz.), der einer der ältesten Mitglieder des Reichstages war und diesem seit 1881 angehört.

Es folgen kurze Anfragen.  
Abg. Durrck (Soz.) führt Klage über die mangelhafte Rohstoffversorgung der Stadt Frankfurt a. Main. Direktor des Reichswirtschaftsamts Müller gibt Auskunft über die Grundzüge der Verteilung. Abg. Geyer (l. Soz.) behauptet, daß eine Verjährung der Vorkonten gegenüber Zeitstrafen stattgefunden habe. Major von der Verg erklärt, daß eine solche Verjährung nicht vorgenommen worden sei. Es handelt sich nur um eine neue Regelung der Ausführung von Zeitstrafen im Interesse der Zeitstrahler. Abg. Scheer (F. Sp.) fragt an, ob der Reichstag wieder Vermittlung, auch ihnen für das fehlende Brotgetreide eine entsprechende Menge leistungsfähiger Getreide bestanden werden möge, erfüllt werden könne. Interaktionssekretär v. Braun: Die Getreide hat in weitgehendem Maße nicht als Brotgetreide, sondern zu anderen Zwecken, insbesondere als Ertrag für Heu- und Futtermittel, zur Erzeugung von Branntwein, Malz, Bier, Wein, Zucker, etc., und Vieherhaltung, sowie für Brennholz, etc., zu dienen. Mit Rücksicht auf diese besonderen Verwendungszwecke war es nicht möglich, die Getreide unter die Bezeichnung Brotgetreide aufzunehmen.

Abg. Schrey (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit auf ein vertrauliches Schreiben des Reichsverbandes für Herren- und Knabenbildung.  
Direktor im Reichswirtschaftsamts Müller: Das vertrauliche Rundschreiben dieses Verbandes ist ohne Wissen der Reichsleitung abgefaßt worden, leider aber den Reichstagsmitgliedern nicht zugetragen. Wichtig ist allein, daß die Reichsleitung sich an diesen Verband heranzusetzen ist. Von einem allgemeinen Zuschlag von 50 Prozent ist keine Rede, vielmehr ist ausdrücklich gesagt worden, daß sich der Zuschlag ganz wesentlich unter 50 Prozent halten müsse.

Abg. Tarnobell (Soz.) weist auf eine Abordnung des Stellvertretenden Generalkommandos für das 6. Armeekorps hin, nach der die Bestimmungen des Gesetzes über den vorkrieglichen Heeresdienst für jugendliche männliche Personen im Alter von 14-17 Jahren Anwendung finden sollen. Major v. Braun: Die Verordnung ist auf Grund des Gesetzes über den Heeresdienst erlassen, jedoch allerdings an gewisse Bestimmungen des Heeresdienstgesetzes an. Reichliche Bedenken gegen diese Verordnung bestehen nicht. Abg. Krieger (Natl.) führt Beschwerde über eine Denkschrift der Landwirte durch zu wichtiger Beschäftigung bei der Ausübung von Berufen für militärische Zwecke. Generalmajor v. Weisberg: Wo eine Beschäftigung der Landwirte eingetretet ist, soll nachträglich annehmungsweise ein Ausgleich in Ermüdung gegeben werden. Abg. v. Graefe (Natl.) wendet sich gegen das Verhalten der baltischen Rettungsgesellschaften gegenüber dem deutschen Vorkriegs-„Jugenddienst“. Ein Vertreter des baltischen Amtes erklärt, daß die deutsche Regierung sofort in Kopien davon in Kenntnis gesetzt worden ist und sich dabei gefügt habe, wo ein mögliches Schiff in See zu gehen und wo keine Internierung der Mannschaften stattgefunden hat. Den Grundzügen des Vorkriegsrechts entspricht eine gleichmäßige Behandlung der Kriegsführer.

Auf der Tagesordnung steht dann das Gesetz über die neue Zusammenfassung des Viehbezugs und die Verhältnismaß in großen Viehbezugsstellen. Durch die Vorlage wird die Zahl der Viehbezugsstellen von 397 auf 441 erhöht. Die Zahl der Wahlkreise auf 337 vermindert. Die Städtegebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt am Main, München, Dresden, Hamburg bilden je einen Wahlkreis. Ferner werden noch acht große Wahlkreise durch Zusammenlegung gebildet. Diese Viehwahlkreise erhalten mehrere Abgeordnete. So werden in Berlin 10 Reichstagsabgeordnete, gemäß im Kreise Lellow 7, in Domburg 6, in Woyana und Weyzig je 4, in Köln, Breslau, Duisburg, Darmstadt, Essen, Heidenheim, München und Dresden je 3 und in den übrigen großen Wahlkreisen je 2. In diesen Wahlkreisen wird die Verhältnismaß eingeführt.  
Staatssekretär Wallraf empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die gegenwärtige Durchschnittszahl der Wahlkreise ist 163 500 Einwohner, unter diesem Durchschnitt sein 277 und darüber 120. Nur in den ganz großen Wahlkreisen würde die Zahl der Abgeordneten vermehrt. Die Wahlen sollten gleichmäßig sein. Abg. Kirchhoff (Fp.): Die Vorlage ist ein Stück Neuorientierung. Seine Freunde begrüßen sie ganz herzlich. Ohne die Verhältnismaß würden die neuen Wahlen nur einer Partei zu gute kommen.

Abg. Gradnauer (Soz.) nennt die Vorlage unzulässig. Abg. Müller-Meiningen (Fp.) nennt die Vorlage ein Noizegei.

Abg. Junf (Natl.) begrüßt das Gesetz als eine legale Erfüllung der Wünsche des Reichstags. Abg. v. Welt (Natl.) erklärt, seine Freunde machen ihre Stellungnahme von dem Ergebnis der Ausschussberatung abhängig. Abg. Sedwanz (l. Soz.) lehnt die Vorlage ab.

Darauf ging die Vorlage an eine Kommission. Ohne bemerkenswerte Debatte wurde auch die Beschäftigung eines Ausschusses überlassen. Mittwoch 1 Uhr: Zweite Lesung.

Das Preussische Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag den Etat für Handel und Gewerbe. Abg. Noetger (Natl.) erklärte, daß das Noizengei nach dem Frieden sein würde, nicht nur für ausreichende, sondern für reichliche Rohstoffe zu sorgen. Dafür aber sei der Westen von höherer Bedeutung als der Osten. Wir müssen zu einem starken Frieden kommen. Abg. Welt (Natl.) empfahl, einen Ratinalmann besonders nachzusehen, da die Welt nach dem Krieg hungere. Abg. v. Woyana (Fp.) freute sich über die Kriegsfreiheit des Vorkriegs. Die Führung durch die Sozialdemokraten beim letzten Streit war nicht glücklich. Nach unerfreulicher weiterer Debatte wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

## Die Lieferungen der Ukraine.

Die Ukraine hat sich verpflichtet, bis Ende April an die Zentralmacht ein Quantum von 6 000 000 Zentner Dinkel- und Futtergetreide, 400 000 Zentner Getreidemehl und 200 000 Zentner Weizen zu liefern. Als Kompensation erhält sie landwirtschaftliche Maschinen, Gummi und metallische Rohstoffe und Eisen. Bei all dem darf aber nicht vergessen werden, daß mit großen Verhältnismäßigkeiten zu rechnen ist, so daß die Lieferungen erst in einigen Monaten sich bei uns geltend machen können.

Die Verteilung der ukrainischen Getreidevorräte zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist bahngleich festgelegt worden, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Österreich-Ungarn gleich viel erhalten, und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Jahres Österreich-Ungarn doppelt soviel besitzen wie Deutschland, während danach bis zum 31. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also zum Deutschland die doppelte Menge erhält.

Auf ein Subsidiumstelegramm der Reichstagspartei aus Anlaß der Beendigung des Ostkrieges erging folgende Antwort: Seine Majestät der Kaiser und König sind über den patriotischen Subsidiumstelegramm des Reichstages und des Engeren Ausschusses der Deutschen Reichstagspartei herzlich erfreut gewesen und haben sich beehrt, den allerhöchsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Seine Majestät haben die feste Zuversicht, daß, wie dringlich im Felde und auf dem Meere jeder Mann sein Leben für das Vaterlandes Ehre und Größe in die Schanze schlägt, auch in der Heimat jeder bis auf äußerste Not sich für den Reich und Staat nicht scheuen und eine geeignete Zulassung Deutschlands ist uns mit Gottes Hilfe sicher. Der Reichstagsrat: v. Berg.

Nationalliberale und Mehrheitsparteien. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat jetzt einen Beschluß über ihre Stellung zu der aus Zentrum, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten gebildeten Reichstagsmehrheit gefaßt. Sie wird ihren Beschluß davon abhängig machen, wie sich die Sozialdemokraten Schiedsmannschaft Haltung zu der Reichstagsvorlage stellen werden, die nach in jeder Hinsicht das Zentrum beschleunigen dürfte. An sich ist innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion durchaus der Wunsch gemeinsamer Mitarbeit an den Fragen vorhanden, die bisher in den sogenannten interfraktionellen Besprechungen erörtert zu werden pflegen. Sollen in diesen die Sozialisten den geforderten Kredit nicht bewilligen, so ist für die Nationalliberalen ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen.

## Wer wird im Westen zuerst angreifen?

Wenigstens besteht Gewißheit darüber, daß die Entschädigung des Weltkrieges an der Westfront fallen wird; wer aber wird zunächst angreifen? Durch eine betterbetriebe Offensive kann die Entscheidung nicht erzielt werden, sie würde den Krieg vielmehr endlos ausdehnen. Je eher die Offensive erfolgt, um so schneller ist die Entscheidung und damit die Herbeiführung des Friedens möglich. Die Mittelmächte befinden sich in außerordentlich günstiger Lage. Die deutsche Kriegsführung hat auch immer, wenn es ihr möglich war, die Offensive bevorzugt. Während des ganzen Winters hatte auch die Entente mit einer deutschen Offensive geredet. Erst neuerdings hat die Ansicht Verbreitung gefunden, daß man den deutschen Angriff nicht abwehren dürfe, sondern ihn durch eigene Offensive zu parieren und die Initiative an sich nehmen müsse. Der Hauptvertreter dieser Ansicht soll Clemenceau sein, dem in dessen Generalstabchef Pétain widerstrebt. Clemenceau auch hoffen, durch eine Offensive die Kriegsbegleitung anzuziehen.







# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.

Anzeigepreis: Die fünfgehaltene Korpusseite 15 Pf.  
Anzeigennahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeigerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Früher und sonstige Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.  
Erscheint wöchentlich einmal, am zweiten Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Wortführerlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,45 RM.  
Von unseren ins Haus gebracht 1,60 RM und durch den  
Wortführer 1,55 RM.

Wortführerlich: und monatlich Besizer werden außer in der Geschäftsstelle, Zeigerstraße 10, auch von unseren Baten und allen  
Raiffeisen, Rohmaterialien angenommen.

Ankündigungs-Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 32.

Donnerstag, den 14. März 1918

57. Jahrgang

## Kurland wünscht Vereinigung mit Deutschland.

Der in Mailau versammelte Landesrat beschloß einstimmig, den deutschen Kaiser zu bitten, die Herzogtümer Kurland anzugewinnen. Dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, den Wunsch von Konventionen, betreffend das Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gewerkswesen und anderer Verträge Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen. Die Hoffnung auszudrücken, daß das ganze Baltikum zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde. Der Antrag um Abwendung eines Einigungsvertrages an den Kaiser fand ebenso einstimmige Annahme; bezüglich der Antrag, eine völkervertragliche Abordnung nach Berlin zu senden, um dem Herrn Reichskanzler den Beschluß persönlich zu überreichen.

Neben der Erklärung des Landesrates liegt jetzt auch diejenige des Landesrates für eine Personalunion mit Preußen vor, es ist also keineswegs Zweifel mehr, was Kurland selbst wünscht. Da diese Wünsche den deutschen Interessen nicht widersprechen, so kann auch, wie der „Tag“ meint, für uns keine Unflärheit darüber bestehen, was geschehen sollte. Die Lösung hängt von dem Willen, das man im Baltikum zur Macht des deutschen Volkes und zur Krone Preußens hat. Der Antrag für die Personalunion ist mit Zustimmung gefaßt, es ist also kein Platz mehr für andereseitige Resolutionen. Auch bei den Bundesstaaten wird diese einstimmige Annahme der Vereinigung mit Deutschland beifolgt. Es ist zu wünschen, daß nun so rasch wie möglich das Interregnum befristet und die den baltischen Wünschen entsprechende endgültige Regelung der kurländischen Staatsgrundlagen erfolgen möge.

Der Landesrat hat seiner geschichtlichen Überlieferung nach seine Infolge der demokratischen Revolution zweifellos das Recht, im Namen der Kurländer zu sprechen. Schon wiederholt hat er seinen Willen zu Deutschland bekundet und dieser Wille wird auch von der gesamten kurländischen Bevölkerung geteilt.

xrite colorchecker CLASSIC

gemeine Abstimmung mit erlaubender Weisheit zu Gunsten des Einflusses an Deutschland auslaufen würde.

## Der Weltkrieg

### Weniger Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der 25. und 26. Skarpe, rege Tätigkeit. Auch in den Abendstunden lebte der Feuerkampf vielfach auf. Im Vorfeld der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanteriegefechten. Das Feuer einzelner Artillerie auf rückwärtige Ortschaften forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Bevölkerung. Auch Gumbach erlitt mehrere Schußverluste an Gebäuden.

Für Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 2. und 10. März auf Stuttgart, Göttingen, Herfordheim und Mainz haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig und erfolgreich mit Bomben belegt.  
Leutnant Freyher v. Nitzschon erlangte seinen 27. Luftstreich. Von dem anderen Kriegsschauplatz ist nichts Neues.

**Luftangriff auf Neapel.** In der letzten Nacht haben feindliche Flugzeuge gegen 1 Uhr die Stadt Neapel angegriffen und im ganzen etwa 20 Bomben versenken. Die fast alle das Innere der Stadt trafen, ohne daß militärischer Schaden angerichtet worden wäre. Unter der Zivilbevölkerung sind einige Opfer zu beklagen, darunter 2 Frauen des Schwermehrschiffes „Ezio Martelli“. Die Bevölkerung beruhigt sich überall ruhig. Der Hilfsdienst bemüht sich.

## Deutscher Reichstag.

138. Sitzung vom 12. März, 2 Uhr 15 Min.

Am Tische des Bundesrats: Weizsäcker.

Vizepräsident Baumbach dankt den verstorbenen Mitgliedern des Reichstages war und einer der 1881 angeführt.

Es folgen kurze Anfragen.

**Abg. Luquet (Soz.)** führt Klage über die mangelhafte Kohlenversorgung der Stadt Frankfurt a. Main. Direktor des Reichswirtschaftsamts Müller gibt Auskunft über die Grundfrage der Verteilung. **Abg. Geiger (Li. Soz.)** behauptet, daß eine Verschärfung der Vorzensur gegenüber Zeitchriften stattgefunden habe. Major von der Werra erklärt, daß eine solche Verschärfung nicht vorgenommen worden sei. Es handelt sich nur um eine neue Regelung der Ausfuhr von Zeitchriften im Interesse der Zeitchriften.

**Abg. Scheer (F. Vp.)** fragt an, ob der Reichstag wieder entsprechende Mittel für die Bekämpfung der Grippe bewilligen möchte, erfüllt werden könne. Unterstaatssekretär v. Braun: Die Grippe hat in weitgehendem Maße nicht als Brotgetreide, sondern zu anderen Zwecken, insbesondere als Ersatz für Hafer zu Futtermitteln, zur Erzeugung von Malz, Malzextrakt, Maltextrakt, Hefe- und Bierherstellung, sowie für Brennstoffe zu dienen. Mit Rücksicht auf diese besonderen Bedürfnisse würde es nicht möglich sein, die Grippe unter die Bezeichnung Brotgetreide aufzunehmen.

**Abg. Hügel (Soz.)** lenkt die Aufmerksamkeit auf ein vertrauliches Schreiben des Reichserzherzogs für Herren- und Knabenbefreiung.

**Direktor im Reichswirtschaftsamts Müller:** Das vertrauliche Schriftstück dieses Verbandes ist ohne Wissen der Reichsleitungskasse verfaßt worden, sein Inhalt entspricht nicht den Tatsachen. Wichtig ist allein, daß die Reichsleitungskasse an diesen Verband herangetreten ist. Von einem allgemeinen Aufbruch 50 Prozent ist keine Rede, vielmehr ist ausdrücklich gesagt worden, daß sich der Aufbruch ganz wesentlich unter 50 Prozent halten müsse.

**Abg. Zambard (Soz.)** weist auf eine Abordnung des Stellvertretenden Generalkommandos für das 6. Armeekorps hin, nach der die Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst auch für jugendliche männliche Personen im Alter von 14-17 Jahren Anwendung finden sollen. Major v. Braun: Die Verordnung ist auf Grund des Gesetzes über den Wehrersatzgesetz, knüpft allerdings an gewisse Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes an. Reichliche Bedenken gegen diese Verordnung bestehen nicht.

**Abg. Klein (Natl.)** führt Beschwerde über eine Bezeichnung der Landwehrpflicht durch zu niedrige Bezahlung bei der Ausübung von Wehrdienst für militärische Zwecke. Generalmajor v. Weizsäcker: Wo eine Verschärfung der Landwehrpflicht eingetreten ist, soll nachträglich arbeitsweise ein Ausgleich in Ermäßigung gezogen werden. **Abg. v. Graefe (Konf.)** wendet sich gegen das Verhalten der dänischen Rettungsgesellschaften gegenüber dem deutschen Vorkriegsflieger „Jag. Wendt“. Ein Vertreter des dänischen Amtes erklärt, daß die deutsche Regierung sofort in Anspruch genommen sei und sich dabei gefaßt habe auf das Verhalten der dänischen Regierung in einem Falle, wo ein englisches Schiff in Seenot geraten war und wo eine Internierung der Mannschaft stattgefunden hat. Den Grundzügen des Vorkriegsfliegers entspricht eine gleichmäßige Behandlung der Kriegsveteranen.

Auf der Tagesordnung steht dann das Gesetz über die neue Zusammenfassung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagsabteilungen. Durch die Vorlage wird die Zahl der Reichstagsabteilungen von 307 auf 441 erhöht, die Zahl der Wahlkreise auf 887 vermindert. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt am Main, München, Dresden, Hamburg bilden je einen Wahlkreis. Ferner werden noch acht große Wahlkreise durch Zusammenlegung gebildet. Diese Kleinwahlkreise erhalten mehrere 2. Stimmbezirke. So werden in Berlin 10 Reichstagsabteilungen gebildet, im Kreis Pommern 7, in Gumbach 5, in Bodeau und Leipzig je 4, in Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbrunn, München und Dresden je 3 und in den übrigen großen Wahlkreisen je 2. In diesen Wahlkreisen wird die Verhältniswahl eingeführt.

**Staatssekretär Weizsäcker** empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die gegenwärtige Durchschnittszahl der Wahlkreise sei 168 500 Einwohner, unter diesem Durchschnitt seien 277 und über 282. Nur in den großen Wahlkreisen würde die Zahl der Abgeordneten vermindert. Die Wählervereine sollten gefaßt werden. **Abg. Kirchhoff (Soz.)** Die Vorlage sei ein Stück Neuerungswesen. Seine Freunde begrüßten sie grundsätzlich. Ohne die Verhältniswahl würden die neuen Mandate nur einer Partei zu Gute kommen.

**Abg. Gumbach (Soz.)** nannte die Vorlage zweifelhafte. **Abg. Müller-Meiningen (Soz.)** nannte die Vorlage ein Mischelgesetz.

**Abg. Zunt (Natl.)** begrüßt das Gesetz als eine legale Erfüllung der Wünsche des Reichstages. **Abg. v. Welt (Konf.)** erklärte, seine Freunde machten ihre Stellungnahme vom Ergebnis der Ausschussberatung abhängig. **Abg. Erdmann (Li. Soz.)** schloß die Vorlage an eine Kommission. Ohne bemerkenswerte Debatte wurde auch die Stoffschonung einem Ausschuss überwiesen. Mittwoch 1 Uhr: Zweite Sitzung.

**Das Preussische Abgeordnetenhaus** beriet am Dienstag den Etat für Handel und Gewerbe. **Abg. Meißner (Konf.)** erklärte, daß das Notwendigste nach dem Frieden sein würde, nicht nur für ausreichende, sondern für reichliche Rohstoffe zu sorgen. Dafür aber sei der Befehl von höherer Bedeutung als der Osten. Wir müßten zu einem festen Frieden kommen. **Abg. Weß (Soz.)** empfahl, unter Kurland besonders nachzusehen zu machen, da die Welt nach Kurland hungere. **Abg. v. Wagner (Soz.)** freute sich über die Kriegserfreulichkeit des Vorkriegs. Die Führung durch die Sozialdemokraten beim letzten Streik war nicht glücklich. Nach unerfreulicher weiterer Debatte wurde die Weiterberatung auf Mittwoch verlagert.

## Die Lieferungen der Ukraine.

Die Ukraine hat sich verpflichtet, bis Ende April an die Zentralmacht ein Quantum von 6 000 000 Zentner Brot- und Futtermittel, 400 000 Zentner Getreidemehl und 200 000 Zentner Rohrohr zu liefern. Als Kompensation erhält sie landwirtschaftliche Maschinen, Gemüße und medizinische Produkte und Eisen. Bei all dem darf aber nicht vergessen werden, daß mit diesen Reichsleistungslieferungen zu rechnen ist, so daß die Lieferungen erst in einigen Monaten sich bei uns geltend machen können.

Die Verteilung der ukrainischen Getreidemengen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist dahingehend festgesetzt worden, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Österreich-Ungarn gleich viel erhalten, und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Zeitraumes Österreich-Ungarn den deutschen Lieferungen die gleiche Menge an Getreide bis zum 31. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also dann Deutschland die doppelte Menge erhält.

Auf ein Subsidierungsgesetz vom Vaterlandspartei aus Anlaß der Beendigung des Ostkrieges erging folgende Antwort: „Seine Majestät der Kaiser und König sind über den patriotischen Subsidierungsgesetz des Vorstandes und des Engeren Ausschusses der Deutschen Vaterlandspartei herzlich erfreut gewesen und haben sich bewußt, den allerhöchsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Seine Majestät haben die sehr zuversichtlich, daß, wie dringen im Felde und auf dem Meere jeder Mann sein Leben für das Vaterlandes Ehre und Größe in die Schanze schlägt, auch in der Heimat jeder bis auf die äußerste Pflicht tun wird, dann kann der Sieg nicht fehlen und eine geeignete Zulage Deutschlands ist uns mit Gottes Hilfe sicher. Der deutsche Reichskanzler: v. Berg.“

**Nationalliberale und Mehrheitsparteien.** Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat jetzt einen Beschluß über ihre Stellung zu der aus Zentrum, Fortschrittler und Sozialdemokraten gebildeten Reichstagsmehrheit gefaßt. Es wird ihren Ansichten dementsprechend machen, wie sich die Sozialdemokraten Seidemannsgruppierung zu der Reichstagsmehrheit stellen werden, die noch in dieser Woche das Zentrum beschließen dürfte. An sich ist innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion durchaus der Wunsch gemeinsamer Mitarbeit an den Fragen vorhanden, die bisher in den sogenannten interfraktionellen Besprechungen erörtert zu werden pflegen. Sollen indessen die Sozialisten den gesuchten Kredit nicht bewilligen, so ist für die Nationalliberalen ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen.

## Wer wird im Westen zuerst angreifen?

Wenigstens besteht Gemüthsruhe darüber, daß die Entschädigung des Weltkrieges an der Westfront fallen wird; aber wer wird zunächst angreifen? Durch eine heftige Debatte, kann die Entscheidung nicht erzielt werden, sie würde den Krieg vielmehr endlos ausdehnen. Je eher die Offensive erfolgt, um so schneller ist die Entscheidung und damit die Herbeiführung des Friedens möglich. Die Mittelmächte befinden sich in außerordentlich günstiger Lage. Die deutsche Kriegsführung hat auch immer, wenn es ihr möglich war, die Offensive bevorzugt. Während des ganzen Winters hatte auch die Entente mit einer heftigen Debatte gerechnet. Erst neuerdings hat die Ansicht verbreitet gefunden, daß man den deutschen Angriff nicht abwarten und die Initiative an sich reißen müßte. Der Hauptvertreter dieser Ansicht ist Clemenceau sein, dem indessen der Generalabschlag Delain widerspricht. Clemenceau mag hoffen, durch eine Offensive die Kriegsbefehrerung anzuwenden.